

# Rede Hiroshima Gedenken 06.08.24

## SDS Frankfurt

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Zusammen stehen wir hier, um der Barbarei zu gedenken, die am Ende des 2. Weltkrieges ihre Zuspitzung durch den Abwurf zweier Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fand.

John Hersey beschrieb 1946 in der amerikanischen Zeitschrift "[The New Yorker](#)" die Erfahrungen von Überlebenden des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Verbrennungen, Strahlenschäden, gebrochene Gliedmaßen und Traumata begleiteten sie in den Stunden, Wochen und Monaten nach dem Abwurf.

Er berichtet auch über die japanischen Wissenschaftler, die nach der Katastrophe in die Stadt kamen, um die Schäden zu untersuchen. 16 Stunden nach Abwurf über Hiroshima wurde bereits eine Stellungnahme des US-Präsidenten Truman veröffentlicht und der nukleare Charakter der Bombe enthüllt.

Japanische Wissenschaftler bestimmten trotz Geheimhaltung der US-Militärregierung schnell den der Bombe zugrunde liegenden Mechanismus. Sie erkannten die Möglichkeit einer stärkeren Bombe, mit 10- oder gar 20-facher Zerstörungskraft. Gewissermaßen blickten sie dabei in die Zukunft.

Wissenschaftler haben inzwischen noch potentere Waffen der Massenvernichtung entwickelt. Gleichzeitig hat sich der Zugang von Staaten zu ihnen verbreitet. Bereits in den 60ern testeten Großbritannien, Frankreich, China und die Sowjetunion Kernwaffen. Unter US-Präsident Obama wurde zuletzt das US-Atombombenarsenal [modernisiert](#). Obama [bekam 2009](#) den Friedensnobelpreis unter anderem wegen seiner vermeintlichen Bemühungen um eine kernwaffenfreie Welt.

Zentral in diesen Entwicklungen ist die Rolle der Wissenschaft und ihrer Institutionen. Schließlich waren es Wissenschaftler in Los Alamos, die die Anreicherung von Plutonium untersuchten und detaillierte Skizzen für die Bomben entwarfen.

Auch für alle anderen Waffensysteme waren Wissenschaftler nötig. Sei es das Giftgas unter Fritz Haber, die V2-Raketen unter Wernher von Braun oder heute die Entwicklung von [KI-gestützten Waffensystemen](#).

Nach 1945 führte die Losung "Nie wieder Krieg!" zur Einführung der ersten Zivilklausel an der TU Charlottenburg, heute TU Berlin. Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen zur zivilen und friedlichen Forschung. 30 Jahre später gab sich die Uni Bremen mitten im Kalten Krieg

ebenfalls eine solche Klausel. Heute bekennen sich [über 70 wissenschaftliche Institutionen](#) in Deutschland zur zivilen Forschung, 2013 auch die Goethe-Universität in Frankfurt.

Seit der 2022 verkündeten “Zeitenwende” wandelt sich die Wissenschaftspolitik der BRD rasant. Ein [Positionspapier](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom März dieses Jahres fordert die Auflösung der strikten Trennung von zivil und militärisch an deutschen Hochschulen.

Wissenschaft soll an die sich zuspitzenden geopolitischen Konflikte um Rohstoffe und Schlüsseltechnologien angepasst werden. Die “ökonomische Sicherheit” der BRD und damit auch die militärische Schlagkraft soll mithilfe der Wissenschaft gewährleistet werden.

Dabei wird erkannt, dass diese Trennung “aus gewichtigem historischem Grund” existiert und Forschende der Militarisierung ihrer Arbeit “zurückhaltend” gegenüberstehen. Offenbar reicht das historische Gedächtnis weit genug, um sich der Instrumentalisierung ihrer Disziplinen für Krieg und Elend bewusst zu sein. Die viel beschworene Umsetzung der geforderten Politik durch die WissenschaftlerInnen selbst stößt an ihre Grenzen.

Also muss schweres Geschütz her. Im kaputt-rationalisierten deutschen Wissenschaftsbetrieb, wo um jeden Förder Euro gestritten werden muss, ist die Macht der Drittmittelgeber groß. Daher soll nun die Forschungsförderung für das Verteidigungsministerium und die Rüstungsindustrie mehr geöffnet werden.

Es ist gar von einem Forschungspreis für zivil-militärische Forschung die Rede. Vorbilder seien laut Forschungsministerium “Wertepartner” wie Israel und die USA. Geteilte Werte scheinen hier die des Militarismus und der Aufrüstung zu sein.

Die hessische schwarz-rote Regierung hat im Koalitionsvertrag eine Unterstützung der Hochschulen bei der “Überprüfung” ihrer Zivilklauseln angekündigt. CDU-Bundestagsabgeordneter aus Hessen Klaus-Peter Willsch [spricht](#) von Zivilklauseln als dem Versuch, die wehrtechnische Industrie von Technologiefortschritten abzuschneiden. Sie würden gegen die Wissenschaftsfreiheit verstoßen.

Doch was heißt hier Wissenschaftsfreiheit? Die Freiheit, sich an den höchstbietenden Rüstungskonzern oder das Verteidigungsministerium zu verkaufen? Nein, die nach Artikel 5 Grundgesetz garantierte Freiheit der Wissenschaft kann nicht isoliert werden, um Industriellen und Militärs zuzuarbeiten. Sie hängt untrennbar mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes zusammen.

Wissenschaft ist verpflichtet, die Würde des Menschen nach Artikel 1 Grundgesetz zu verwirklichen. Das muss sie jetzt besonders, mit dem Aufflammen von kriegesischen und bewaffneten Konflikten weltweit. Für die Verwirklichung des Allgemeininteresses und die Förderung der Völkerfreundschaft. Für den Frieden und die sozial-ökologische Wende, statt Krieg und Zeitenwende.

Denn obgleich Wissenschaft häufig durch kriegerische Interessen begleitet war, hatte sie stets friedensbewegtes Potenzial. Der Arzt [Georg Friedrich Nicolai](#) begründete in seinem Buch "Biologie des Krieges" 1918 mit wissenschaftlichen Argumenten die Sinnlosigkeit der Kriegsführung. Die [Göttinger Achtzehn](#) warnten in den 50ern vor der Beschaffung deutscher Kernwaffen. Ihre Erklärung wurde die Grundlage für den "Kampf gegen den Atomtod" und damit auch für die heutige Friedensbewegung in Deutschland.

Das [Russell-Einstein-Manifest](#) trat 1955, vor dem Hintergrund von US Wasserstoffbomben-Tests im Pazifik und dem allgemeinen nuklearen Wettrüsten, für internationale zivile Konfliktbeilegung und Friedensverhandlungen ein. Kernwaffen würden den unwiderrufbaren Tod der Menschheit herbeiführen.

Folge des Manifests waren die [Pugwash-Konferenzen](#). Sie sollten eine Plattform bieten, um Wissenschaftsdiplomatie zu ermöglichen. WissenschaftlerInnen sowohl des Ost- als auch des Westblocks kamen zusammen, um über drängende Fragestellungen der Menschheit wie Abrüstung zu diskutieren. Die Konferenzen erlaubten gegenseitige Verständigung, die zu diversen Waffenkontroll- und -verbotsverträgen beitrug.

Auch heute muss Wissenschaft eine klare Haltung für Frieden einnehmen. Das bedeutet eine konsequente Aufarbeitung der historischen Bedingungen, die zur Kriegswissenschaft führten. An der Goethe-Universität haben wir als SDS im vergangenen Semester eine [Ausstellung](#) zum I.G. Farben Konzern gezeigt. Der Konzern war maßgeblich an der Entwicklung von Giftgas im Ersten Weltkrieg beteiligt und im Zweiten Weltkrieg verflochten mit Strukturen zur Entwicklung einer deutschen Atombombe.

Die drängenden Menschheitsprobleme können nur in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden. Das erfordert die Aufhebung aller Wissenschaftssanktionen und eine klare Ausrichtung auf zivile und friedliche Forschung. Hierfür stellen die Zivilklauseln eine solide, aber auch erweiterbare Grundlage.

Wissenschaft muss für den Frieden forschen. Darum möchte ich euch alle einladen zu unserer [Ringvorlesung "Krieg und Frieden"](#) an der Goethe-Universität, die wir im kommenden Wintersemester fortsetzen. Gemeinsam diskutieren wir, wie wir für eine friedensfördernde Universität und eine gewaltfreie Welt kämpfen.